



BAUVERBAND
MECKLENBURG-VORPOMMERN E.V.

**Wünsche der Bauwirtschaft
an die Politik zu den
Landtags- und Bundestagswahlen
2021**

Die Bauwirtschaft war in der Corona-Krise bisher ein Wirtschaftszweig, der die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt stabilisiert hat. Auch wenn im Jahre 2020 keine Umsatzsteigerungen erzielt werden konnten, hat die Branche wesentlich dazu beigetragen, dass das verhältnismäßig hohe Niveau der Bauleistungen aus dem Jahre 2019 beibehalten werden konnte.

Wir haben damit in allen Bausparten Werte geschaffen, Beschäftigung gesichert und dazu beigetragen, die negativen Auswirkungen der Corona-Krise insgesamt abzumildern.

Wir als Bauwirtschaft fordern deshalb von den Parteien, die zur Landtagswahl 2021 antreten, sich dafür einzusetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern eine moderne Infrastruktur schafft und auch die vorhandenen Werte kontinuierlich erhält, der Bildung in den allgemeinbildenden Schulen und der Berufsausbildung und der universitären Ausbildung eine größere Aufmerksamkeit beimisst. Es kommt aus unserer Sicht auch darauf an, die Stärken, wie den Tourismus, weiter auszubauen und den über Jahre vernachlässigten Breitbandausbau und die Digitalisierung endlich vehement zu betreiben.

Das ist aus unserer Sicht Voraussetzung für innovatives und digitales Handeln der Behörden, der Verwaltungen, der Schulen und der Wirtschaft als Ganzes. Um das zu erreichen, sind aus unserer Sicht folgende Schwerpunktthemen unverzüglich nach der Regierungsbildung auf den Weg zu bringen:

1. Die öffentlichen Investitionen sind so zu gestalten, dass kontinuierliche Infrastrukturmaßnahmen aller Art geplant, ausgeschrieben und gebaut werden. Bestandteil dieser Investitionen muss auch das Ziel sein, den seit Jahren aufgelaufenen Investitionsstau in einer angemessenen Frist abzubauen.
2. Dazu müssen die Städte und Gemeinden so mit Investitionsmitteln ausgestattet werden, dass sie als einer der größten Auftraggeber der Baubranche ihren Aufgaben für die Daseinsvorsorge auch gerecht werden können.
3. Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass die Investitionen als Quelle von Einsparungen, wie das in den vergangenen Jahren auch häufig der Fall gewesen ist, herhalten müssen. Dies ist aus unserer Sicht kontraproduktiv und schadet der gesamten Wirtschaft in unserem Land.

4. Die neue Landesregierung muss dafür sorgen, dass der Breitbandausbau als Voraussetzung für modernes Handeln auf allen Ebenen in einem überschaubaren Zeitraum abgeschlossen wird. Um die Bedeutung herauszuheben, muss dieses wichtige Vorhaben auch in der Struktur der Landesregierung wiederzufinden sein.
5. Parallel dazu muss die Digitalisierung in Schulen, Verwaltungen und Behörden schnellstmöglich umgesetzt werden. Das ist Voraussetzung für schnelles Handeln und ein Mittel, um Verwaltungsprozesse effizient umsetzen zu können.
6. Die bürokratischen Hemmnisse, die in den Verwaltungen für Verzögerungen verantwortlich sind, gehören auf den Prüfstand. Planungs- und Vergabeverfahren müssen vereinfacht werden und Verantwortung für Bauprozesse muss wieder an die verantwortlichen Ebenen delegiert werden.
7. Die Rahmenbedingungen für private Investitionen müssen endlich so gestaltet werden, dass die Bereitstellung von Bauland und die Erteilung von Baugenehmigungen schneller erfolgen kann. Das trifft insbesondere für den Wohnungsbau zu.
8. Die Erteilung von Aufträgen darf sich nicht wie in der Vergangenheit fast ausschließlich am Preis orientieren. Wir brauchen keinen Preiswettbewerb, sondern einen Qualitätswettbewerb. Wir fordern partnerschaftliches Planen und Bauen auf allen Ebenen.